

Ernst Leuninger

Muslime und andere EuropäerInnen

Fragen ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens

Ein europäischer Islam kann Scharia und Grundgesetz verbinden, sollte die Möglichkeit zum Religionsunterricht bekommen und die Zwangsverheiratung bekämpfen. Streiflichter auf den Weg zu einer versöhnten Verschiedenheit.

● Nachdem am 11. März 2004 in Madrid 190 Menschen auf europäischem Boden islamistischem Terror zum Opfer gefallen waren, befürchteten 69% der Deutschen, dass dies auch ein Problem für Deutschland werden könnte. Dabei hatte sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern seit 1992 verbessert. Immer mehr Deutsche bestätigten in Umfragen ein gutes Einvernehmen zwischen Einheimischen und Ausländern in der Nachbarschaft. Nach den Madrider Anschlägen meinten nur noch 19% (gegen 32% 1995), dass die in Deutschland lebenden Muslime eine Bereicherung seien. 69% der Bundesbürger waren der Auffassung, dass sich Muslime noch mehr integrieren müssten.

Europäischer Islam?

● 1998 gab es in Europa bereits über 32 Millionen Muslime und unter ihnen Anhänger nahezu aller Richtungen und Aufspaltungen. Im

europäischen Teil Russlands lebten 1998 ca. 11 Millionen Muslime, in Frankreich 3,5 Millionen, in Großbritannien 1,5 Millionen. Neben den zugewanderten Muslimen gibt es auch europäische Länder, die schon seit Jahrhunderten einen hohen Anteil an einheimischen Muslimen haben, z.B. Bosnien-Herzegowina mit 1,9 Millionen Muslimen, Kosova mit (vor dem Krieg) 1,4 Millionen und Albanien mit 2,1 Millionen.

Gerade in Bosnien hatte sich eine moderne Form des Islam herausgebildet. Die Ehegesetze bezüglich der Mischehen wurden nicht so streng ausgelegt, die meisten Koranschulen wurden um die Wende zum 20. Jahrhundert geschlossen, das Verhältnis zu den Katholiken war gut. Mir sagte der Weihbischof Sudar von Sarajevo: »Als Kinder hatten wir es schön, weil wir viele Feiertage hatten, die islamischen haben wir mit unseren muslimischen Freunden gefeiert und die unsrigen die Muslime mit uns.« Nach dem bosnischen Krieg wuchs auch in diesem Teil der muslimischen Welt der Einfluss der von Saudi-Arabien aus finanzierten traditionalistischen Strömung des Islam. 300 neue Moscheen wurden gebaut, der Druck auf Frauen und Mädchen, ein Kopftuch zu tragen, erhöht.

Dennoch sieht man in Sarajevo Kopftücher nur noch sehr selten. In der islamischen Fakul-

tät der Universität Sarajevo wird ein Diplom für Imane verliehen, man kann promovieren und habilitieren. Man möchte hier einen europäischen Islam in die Theorie einbringen. Dazu werden auch die Bücher deutscher Exegeten zur kritisch-historischen Auslegung der Bibel gelesen. Hier geht – auch in der damit vorgenommenen Abgrenzung gegenüber den fundamentalistischen Tendenzen – eine interessante Entwicklung voran. Alles spricht dafür, eine solche Fakultät auch in Deutschland einzurichten.

Zur Situation in Deutschland

● In Deutschland gibt es inzwischen (Stand von 2002) 3,2 Millionen Muslime. Die Zahl hat sich seit 1984 verdoppelt. Es gibt 2200 Moscheegemeinden, die auf Basis des deutschen Vereinsrechts ihre Aktivitäten entfalten. Die meisten arbeiten in so genannten »Hinterhofmoscheen«. Der Neubau von Moscheen macht oft Probleme in der Nachbarschaft, vor allem werden Störungen durch den Ruf des Muezzin befürchtet. Der größte Teil der Muslime in Deutschland, ca. 2,4 Millionen, stammt aus der Türkei. Etwa 400.000 haben einen deutschen Pass, die Zahl der Einbürgerungen steigt. Es gibt etwa 10.000 deutschstämmige Muslime.¹

Der Islam kennt keine einheitliche Organisation oder Mitgliedschaft wie etwa die christlichen Kirchen. Die meisten islamischen Gemeinden und Vereine sind in zwei großen Dachverbänden zusammengeschlossen: im Zentralrat der Muslime in Deutschland und im Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland.

»Der Zentralrat der Muslime in Deutschland ... versteht sich als Diskussions- und Handlungsebene seiner Mitglieder und nimmt die Aufgabe eines Dialog- und Ansprechpartners für den deutschen Staat, die Verwaltung und die anderen

Gruppen der Gesellschaft wahr. Der Zentralrat will die Moscheegemeinden, islamischen Vereine, Verbände und Dachorganisationen weder ersetzen noch mit ihnen konkurrieren, er will vielmehr ihre gemeinsamen Interessen als Gesellschaftsgruppe vor den Behörden vertreten und die Rechte, die ihnen als Religionsgemeinschaft zustehen, in ihrem Namen verlangen.«²

Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V. wurde 1986 zur bundesweiten Koordinierung islamischer Religionsgemeinschaften in Berlin gegründet. Größter Mitgliedsverein ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş, die die Mehrheit der Mitglieder sowie den Vorsitzenden stellt. Dieser Gruppe werden islamitische Tendenzen nachgesagt, wobei nach Aussagen von Fachleuten nur wenige islamische Gruppen in Deutschland davon betroffen sind.³

Von den ab den 1970er-Jahren eingewanderten Muslimen haben sich viele völlig etabliert, so haben türkische Unternehmen schon 125.000 Arbeitsplätze geschaffen mit einem Drittel deutscher Arbeitnehmer.

Schwierigkeit bereitet immer noch die Integration in das höhere Bildungssystem. In Deutschland ist die Frage des Bildungsniveaus entscheidend eine Frage des Einkommens der Eltern. Dieses gravierende Versagen der deutschen Bildungspolitik trifft aber vor allem türkische und andere Migranten-Kinder. Hinzu kommt noch, dass die Deutschkenntnisse oft gering sind.

Scharia und Grundgesetz

● Integration ist ein langwieriger Prozess mit vielen Ungleichzeitigkeiten. Ist es aber überhaupt möglich, dass sich ein Mensch muslimischen Glaubens in die freiheitlich demokratische

Ordnung, die im Grundgesetz festgeschrieben ist, einordnen kann? Dabei darf nicht übersehen werden, dass ein großer Teil der bei uns lebenden Muslime säkularisiert ist in dem Sinne, dass ihnen Religion nicht viel bedeutet bzw. als Privatangelegenheit angesehen ist.

Die für den gläubigen Muslim verpflichtende Scharia mit ihren Gesetzen rechnet damit, dass Muslime im Bereich eines muslimischen Staates wohnen. Heute lebt schon etwa ein Drittel der Muslime außerhalb islamischer Staaten. Dies ist im Grunde eine neue Situation.

1997 wurde von prominenten Muslimen ein Europäischer Rat für Rechtsgutachten und Studien für die in nicht-islamischen Ländern lebenden Muslime geschaffen. Aus der Scharia seien Muslime verpflichtet, Person, Ruf und Vermögen der Nichtmuslime als unantastbar zu betrachten. Man beruft sich dabei auf das Verhalten von Muslimen, die zur Zeit Mohammeds in das christliche Äthiopien auswanderten. Wer sich an die Scharia in einem nicht-muslimischen Land gebunden fühlt, der muss nach den Regeln der Scharia die Gesetze des Aufenthaltslandes halten, sofern ihm die Praktizierung der Religion möglich ist. Dies ist in Europa und Deutschland der Fall.

Die islamische Religionsgemeinschaft in Hessen sagt dazu beispielsweise, dass die Regeln der Scharia allumfassend und zeitlos sind.⁴ Sie unterscheidet aber zwischen Rechtsnormen, die nur für islamische Länder gelten, und individuellen Geboten. Deshalb sind für Muslime in Hessen die Regeln der deutschen/hessischen Rechtsordnung verbindlich. Der Präsident der Vereinigung Islamischer Organisationen in Europa sagt dazu: »Europa ist unsere Heimat, der Islam unsere Religion.«⁵ Der Gottesbezug unseres Grundgesetzes wird von den Muslimen sehr geschätzt. Das Grundgesetz in Deutschland ist also kein Integrationshindernis.

Religionsunterricht

● Eine dringend zu lösende Frage ist die des Religionsunterrichtes für muslimische Kinder. Dies scheitert immer wieder daran, dass es keinen klaren und von allen Gruppierungen anerkannten Ansprechpartner auf muslimischer Seite gibt. So untersagte die Kultusministerin von Nordrhein-Westfalen die Gründung einer islamisch-theologischen Fakultät an der Universität Bonn – das Geld war von Sponsoren gestiftet –, weil kein einheitlicher Ansprechpartner vorhanden sei.

Es gibt nur Vorformen zu einem Religionsunterricht, etwa in Berlin, oder in Hessen, wo den rund 50.000 SchülerInnen islamischen Glaubens jetzt ein zusätzliches Ethik-Fach angeboten werden soll.

Das Land Baden-Württemberg führt ab dem Schuljahr 2006/7 in einem Modellversuch islamischen Religionsunterricht auf Deutsch ein. In Bayern findet islamischer Religionsunterricht im Zusammenhang mit dem muttersprachlichen Ergänzungunterricht statt.

Da der Religionsunterricht laut Grundgesetz ein ordentliches Lehrfach ist, untersteht er der staatlichen Schulaufsicht und muss in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt werden. Hier liegt die Chance, muslimischen Kindern eine Auseinandersetzung mit dem Islam auch jenseits der Koranschulen zu ermöglichen.⁶

Zwangsehen

● Ein großes Problem stellen die so genannten »Zwangsheiraten« dar. In der Türkei scheint das Arrangieren von Ehen durch Eltern und Verwandte noch recht selbstverständlich zu sein. Freie Partnerwahl ist aber ein Menschenrecht.

Die Zwangsheirat ist in der subalternen Rolle der Frau in islamischer Tradition (nicht im Koran) begründet. Manches kommt uns ja aus alten Zeiten nicht unbekannt vor. Die Abwertung von Eva als Verführerin, das Kopftuchtragen von Frauen in unseren Dörfern bis nach dem

»Die Emanzipation hat sich
nur langsam durchgesetzt.«

Zweiten Weltkrieg, das Schleiertragen von Frauen in römischen Kirchen, das bis in unsere Zeit vorgeschrieben war. Erst langsam hat sich in unserer Gesellschaft die Emanzipation durchgesetzt, obwohl noch lange keine partnerschaftliche Gesellschaft erreicht ist. Auch muslimische Frauen in Deutschland sind eingeladen, sich auf den Weg zu einer partnerschaftlichen Gesellschaft zu begeben, und die Männer sind aufgefordert, dies zuzulassen und zu fördern.

1994 wurden Berlinerinnen türkischer Abstammung im Hinblick auf ihre Freiheit beim Eheabschluss befragt. Von den 114 Frauen, die den Fragebogen beantworteten, hatten 43 im Alter von 13 bis 17 Jahren geheiratet. 38 hatten den Bräutigam nie vorher getroffen und 39 waren gegen ihren Willen verheiratet worden.

Zwangsehen scheitern immer öfter. Viele gegen ihren Willen verheiratete Töchter und Söhne der zweiten und dritten Generation landen ein oder zwei Jahre später bei AnwältInnen wie Gülsen Küçük-Ratzlaff, Fachanwältin für Familienrecht in Köln. »Zu 90 Prozent habe ich türkische Klientel. Sehr oft klagen Ehemänner wie Ehefrauen über ihre Verheiratung unter Zwang und wollen so schnell wie möglich getrennt werden, weil die Lebensvorstellungen des Paares nicht zusammenpassen. Manche Eltern hofften, mit ihrer Heiratskandidatin die Beziehung des Sohnes zur deutschen Freundin zu beenden, aber das passiert eben oft nicht.«

Oft werden auch Mädchen in das Land der Väter verschleppt und dort verheiratet. In Berlin sollen es 2004 240 gewesen sein, Fachleute schätzen eine zehnfache Dunkelziffer. Hier müssen einmal Gesetze greifen, zum anderen bedarf es der Aufklärung über die Rechte der Frauen, aber auch der Männer zur freien Partnerwahl. Beratungstelefone sind notwendig. Es ist nicht die Religion, sondern es sind bestimmte Traditionen, die Zwangsheiraten fordern.⁷

Leitkultur?

● Auf einer Dialog-Konferenz 2002 sagte in Wien der damalige Präsident der Islamischen Republik Iran, Dr. Seyed Khatami: »Dialog ist nicht nur ein Weg unter vielen, sondern der einzige vernünftige und moralische Weg. Alles andere führt zu Krieg, Aggression und Terrorismus. Aggression ist stumm und sprachlos, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit werden zuerst durch Worte gesät, die später ihre Früchte in die Außenwelt tragen. Das Wort ist heilig, denn im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort...« Und Kardinal Schönborn rief bei derselben Gelegenheit die Grundlegung eines Dialogs der Religionen in Erinnerung, wie sie das Zweite Vatikanische Konzil formulierte: »Die katholische Kirche lehnt nichts von alledem ab, was in diesen Religionen wahr und heilig ist. Mit aufrichtigem Ernst betrachtet sie jene Handlungs- und Lebensweisen, jene Vorschriften und Lehren, die zwar in manchem von dem abweichen, was sie selber für wahr hält und lehrt, doch nicht selten einen Strahl jener Wahrheit erkennen lassen, die alle Menschen erleuchtet (Nostra Aetate 2).« Dieser Dialog ist auf Dauer für den Weltfrieden und den Frieden am Ort nötig.⁸

Konkret gibt es verschiedene Lösungsmodelle für ein gutes Zusammenleben von Musli-

men und anderen EuropäerInnen. Da wäre zum Ersten der Weg der totalen Anpassung, der aber massiv gegen die menschliche Freiheit verstößt. Parallelgesellschaften sind ebenfalls kein befriedigender Weg. Die »Multikultilösung« war in der mit am bevölkerungsmäßig gemischtesten Stadt Deutschlands, in Frankfurt, zumindest insofern

»Jede Kultur ist ein Wert.«

nicht ohne Erfolge, als große Auseinandersetzungen hier ausblieben. Festzuhalten ist jedenfalls, dass jede Kultur zuerst einmal Wert ist und nicht vernichtet werden sollte.

Bassam Tibi wandte gegen eine multikulturelle Gesellschaft jedoch ein, dass sie die gesellschaftliche Identität Europas leugnet. Menschen lebten »in einer kulturell gemischten Gesellschaft aus unterschiedlichen Kulturen in einem durch eine Leitkultur verbundenen Gemeinwesen zusammen«. Dies erfordere gemeinsame Grundwerte, die sich aus der »kulturellen Moderne« ergeben. Tibi möchte Zugewanderte zu »Verfassungspatrioten« machen. Muslime hätten in Europa keine andere Wahl, als einen »Euro-Islam« zu entwickeln, der sich in Europa integrieren lässt, die übrigen Europäer müssten dabei mithelfen.⁹

Die von Tibi angesprochene Leitkultur hat dabei nichts zu tun mit der 2002 vom bayrischen Innenminister Beckstein aufgestellten Forderungen nach einer »deutschen Leitkultur«¹⁰. Ver-

wendet man stattdessen den Begriff »Demokratische Grundordnung«, kommt man der Sache näher. Dazu gehört dann auch die Kenntnis der Landessprache, um sich in dem jeweiligen Land vernünftig verständigen zu können.

Auf diesem Boden ginge es dann um geschätzte Vielfalt, wie sie etwa die Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt der UNESCO vom 2. November 2001 in ihrem Artikel 1 beschreibt: »Kulturelle Vielfalt spiegelt sich wider in der Einzigartigkeit und Vielfalt der Identitäten, die die Gruppen und Gesellschaften kennzeichnen, aus denen die Menschheit besteht. Als Quelle des Austauschs, der Erneuerung und der Kreativität ist kulturelle Vielfalt für die Menschheit ebenso wichtig wie die biologische Vielfalt für die Natur. Aus dieser Sicht stellt sie das gemeinsame Erbe der Menschheit dar und sollte zum Nutzen gegenwärtiger und künftiger Generationen anerkannt und bekräftigt werden.«¹¹

Mir gefällt in diesem Zusammenhang die aus der christlichen Ökumene bekannte Rede von »versöhnter Vielfalt« oder »Gemeinschaft von Gemeinschaften«. Unsere demokratische Ordnung ist die Grundlage der Versöhnung, die für muslimische und nicht-muslimische Deutsche ein Lernprozess ist in Richtung auf die sich entwickelnde europäische und Weltgesellschaft. Es geht nicht um einen »Krieg der Kulturen«, sondern um eine weltweite »Zivilisation der Liebe«¹². Damit müssen wir bei uns anfangen.

¹ Vgl. Th. Lemmen/M. Miehl, *Miteinander leben, Christen und Muslime im Gespräch*, Gütersloh 2001, 41.

² Aus der Selbstdarstellung des ZMD im Internet: <http://www.islam.de>

³ Vgl. Lemmen, Anm. 1, 49.

⁴ Vgl. Islamische Religionsgemeinschaft in Hessen,

auf: <http://www.irh-info.de>

⁵ Tarig Ramadan, *Die Muslime im Westen. Aufbauen und Mitgestalten*, 2004, 77.

⁶ Zum islamischen Religionsunterricht vgl. Artikel von Peter Graf in diesem Heft.

⁷ Vgl. Justizministerium Baden-Württemberg, *Zwangsheirat bekämpfen*,

Februar 2006, auf: <http://www.bwl.de>

⁸ Vgl. *Dialog der Religionen als Weg zur Stärkung des Friedens*, 12. 3. 2002, Wiener Hofburg, auf: <http://195.202.176.112/hochschule/veroeff.htm>.

⁹ Vgl. Bassam Tibi, *Europa ohne Identität, Leitkultur*

oder *Wertebeliebigkeit*, München ³1998, 179 ff. u.ö.

¹⁰ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 1.7.2002, 6

¹¹ Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt vom 2. November 2001: <http://www.unesco.de>

¹² Johannes Paul II., *Centesimus annus*, 1991, Nr. 10.